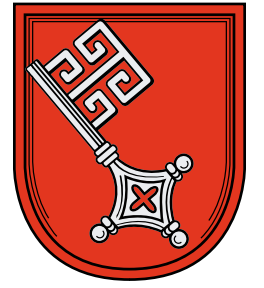




Künftig soll hier ein Mahnmal an die Ausplünderung jüdischer Familien während der NS-Zeit erinnern.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH



Wenn man ein Mädchen erzieht,
bringt man einen Kreislauf von Erfolg
in Schwung.
Es hat wirtschaftlichen Sinn.
Es hat sozialen Sinn.
Es hat moralischen Sinn.
Doch der Sinn dahinter scheint vielen
noch nicht klar zu sein.
KÖNIGIN RANIA VON JORDANIEN (GEB. 1970)

TACH AUCH Hütchen auf

VON VOLKER JUNCK

Wir schnacken über dies und jenes. Über geklaute und mitunter wiedergefundene Räder. Über die ewigen Baustellen in und um Bremen und kommen dabei auf die allerorts als Absperrungen herumstehenden rot-weißen Leitkegel.

„Neulich musste ich sogar eine behördliche Erlaubnis zum Absperrern mit Lübecker Hütchen einholen, als ich eine Skulptur aufstellen wollte“, berichtet Hans, der Bremer Künstler.

Was unsere Runde mit neuem Gesprächsstoff befruchtet. Niemand weiß, woher der Name kommt. „Vielleicht von den Türmen im Lübecker Holstentor?“ mutmaßt jemand.

So bleibt nichts, als das allwissende Internet zu befragen, nach dem der Lübecker Technik-Großhändler Ewald Kongsbak das Hütchen 1952 nach einem grässlichen Unfall auf der Autobahn erfand. Ein Autofahrer war in ein rot-weiß gestrichenes und mit einem großen Stein beschwertes Ölfaß als Absperrung gerast. Der Stein donnerte durch die Windschutzscheibe und köpfte ihn. Darauf schuf Kongsbak den rot-weißen Gummikegel und benannte ihn nach seiner Heimatstadt.

Seither hat er sich enorm vermehrt und findet sich in aller Welt. Gelegentlich auch auf dem Kopf des bronzenen Rosslenkens in den Wallanlagen. In diesem Falle ganz sicher ohne amtliche Beteiligung.

Spannung im Harms-Prozess

Urteil vielleicht am Freitag

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Die Staatsanwaltschaft braucht ein wenig mehr Zeit, deshalb gab es am Mittwoch im Prozess um die Brandstiftung bei Harms am Wall doch noch keine Plädoyers, wie vorher vom Gericht in Aussicht gestellt worden war. Nachgeholt wird das an diesem Donnerstag. Dann wollen der Ankläger und die Anwälte der beiden Angeklagten ihre Schlussvorträge halten.

Am Mittwoch hatte die Große Strafkammer 7 des Landgerichts unter Vorsitz der Richterin Andrea Schneider einen letzten Beschluss verlesen, bevor die Beweisaufnahme geschlossen wurde. Die Staatsanwaltschaft wollte einen weiteren Zeugen hören, was ihr nach der Entscheidung des Gerichts aber verwehrt blieb.

Die Anklage hatte versucht, ihrem Verdacht Nachdruck zu verleihen, dass Hans Eulenbruch, Inhaber von Harms am Wall und einer der beiden Angeklagten, in zwei Fällen bereits vor dem Großbrand am 6. Mai 2015 die Versicherung betrogen hat. Dazu sollte der Zeuge aussagen. Das Gericht lehnte ab und verwies auf die Einschätzung eines Sachverständigen, der klar zum Ausdruck gebracht hatte, dass Eulenbruch von den beiden Schadensfällen vor dem Großbrand keinen Vorteil hatte. Die Versicherungen hätten lediglich ersetzt, was verloren gegangen war.

Nach Ende der Beweisaufnahme wurden die beiden Angeklagten nach ihren persönlichen Verhältnissen befragt. Eulenbruch ging es finanziell vor dem Brand ausnehmend gut, wie er im Einzelnen darlegte. Heute sehe das wegen der nur noch geringen Einnahmen und den hohen Anwaltskosten völlig anders aus. Der zweite Angeklagte, ein 54-jähriger Mann aus Osterholz-Scharmbeck, der früher Inhaber einer Detektei war, steckte dagegen nach eigener Aussage schon vor dem Brand tief in den Schulden. Er war wegen eines Steuervergehens verurteilt worden und muss bis heute den Schaden ausgleichen.

Fortgeführt wird der Prozess an diesem Donnerstag um 14.30 Uhr mit den Plädoyers. Das Urteil könnte nach Einschätzung des Gerichts am Freitag oder in der darauffolgenden Woche gesprochen werden. Die Entscheidung darüber wird am Donnerstag bekanntgemacht.

Mahnmal-Standort spaltet Grünen-Spitze

Parteichefin Wargalla stimmte gegen Lösung an der Schlachte, ihr Kollege Saxe war mit der SPD dafür

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Anders als in der Öffentlichkeit vermittelt, hat es im Koalitionsausschuss in der Standortfrage für das geplante Mahnmal zur Erinnerung an den Raubzug an Juden kein Einvernehmen gegeben. Die Parteispitze der Grünen ist in dem Punkt gespalten, wie sie erst jetzt preisgegeben hat. Grünen-Chef Ralph Saxe hat den Kompromiss mit der SPD unterstützt und sich für einen Platz an der Schlachte in Nähe der Teerhofbrücke entschieden. Die gleichberechtigte Grünen-Chefin Kai Wargalla hat diese Lösung dagegen abgelehnt. Ihr Votum im Koalitionsausschuss war ein striktes Nein.

Es hatte am Montagabend viele Stunden gedauert, bis die Einigung unter Dach und Fach war. Beide Parteien lobten sich danach gegenseitig, dass sie, wie Saxe formulierte, über ihren Schatten gesprungen seien. In der Grünen-Parteiführung war es tatsächlich aber nur er, der gesprungen ist, seine Kollegin Kai Wargalla blieb auf ihrer Meinung sitzen.

Wargalla hatte ihr Verhalten im Koalitionsausschuss erst am Dienstagabend durch einen Tweet und auf Facebook bekanntgemacht. „Das Mahnmal gehört an den Ort, für den es ursprünglich geplant war“, sagte sie am Tag darauf im Gespräch mit unserer Zeitung, „es gehört vor Kühne + Nagel.“ Der Sitz des Unternehmens an der Schlachte sei der historische Ort des Verbrechens an den Juden, von dem Kühne + Nagel heute noch profitiere. Die aktuellen Mitarbeiter hätten damit natürlich nichts mehr zu tun, es gebe aber eine geschichtliche Verantwortung, der das Unternehmen gerecht werden müsse. „Es täte gut daran, dieses Kapitel aufzuarbeiten.“

Die Entscheidung des Koalitionsausschusses, dem neben den Parteispitzen von SPD und Grünen auch die Fraktionsvorsitzenden und die beiden Bürgermeister angehören, habe sie auf keinen Fall mittragen können. „Ich bin unglücklich darüber.“ Andererseits sei es in der Politik nun mal so, dass Kompromisse gefunden werden müssten. „Ich will deswegen keinen Streit vom Zaun brechen.“

Ralph Saxe beurteilt das Verhalten seiner Kollegin so, dass sie die gemeinsame Lösung mit dem Koalitionspartner immerhin nicht blockiert habe. „Sie hat den anderen drei Vertretern der Grünen Prokura gege-

ben, um die Einigung abzuschließen“, sagte er auf Anfrage.

Die Linken in der Bürgerschaft üben an der Entscheidung der Koalition scharfe Kritik. „Dass der Senat Kühne + Nagel als primären Bezugspunkt des Mahnmals abschwächen will, finde ich absolut enttäuschend“, erklärte Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Wieder einmal zeige sich, dass Erinnerungskultur nicht wehtun dürfe. Kühne + Nagel wolle sich seiner Verantwortung als NS-Profitierer nicht stellen, sondern dieses Kapitel aus der Firmengeschichte streichen. „Das Schlim-

me ist, dass sie damit durchkommen. Der Senat hat nicht den Mumm, den Bürgerchaftsbeschluss umzusetzen, der sich explizit für einen Standort im direkten Umfeld von Kühne + Nagel ausspricht.“

Für das Mahnmal gibt es einen Entwurf – ein sechs Meter tiefer Schacht, der mit einer begehbaren Glasplatte bedeckt ist. Er ist damit von oben einsehbar und am Fuß des Schachtes durch ein Schaufenster noch einmal. Der Schacht zeigt einen ausgeplünderten Raum, er ist leer. Ob diese Idee, Ergebnis eines Wettbewerbs mit 59 Vorschlägen, jetzt genauso aufgenommen werden kann

wie an dem ursprünglich geplanten Ort des Mahnmals, bewertet der Initiator des Projekts, der Bremer Journalist Henning Bleyl, kritisch. Möglicherweise müssten dafür Bäume und ein Teil der Steinstufen entfernt werden. Das könne zu einem Akzeptanzproblem führen.

Am Montag wird der zuständige Beirat-Mitte über das Mahnmal beraten. Er war nach Auskunft von Ortsamtsleiterin Hellen Hartung bisher inhaltlich nicht mit dem Thema befasst. Hartung wollte sich deshalb noch nicht zu den Details der Planung äußern.

„Sorgfalt geht zwingend vor Eile“



Carmen Emigholz ist Staatsrätin für Kultur. In dieser Funktion ist die 55-Jährige maßgeblich an der Umsetzung des Mahnmal-Projekts für die ausgeplünderten Juden beteiligt.

Frau Emigholz, schneller als gedacht ist jetzt mit dem Standort an der Schlachte bei der Teerhofbrücke ein Kompromissstandort für das Mahnmal zur Erinnerung an die Ausplünderung und letztlich auch die Ermordung der Juden gefunden worden.

Carmen Emigholz: Und darüber sind wir sehr froh. Nichts wäre schädlicher gewesen als keine Einigung bei einem solch sensiblen Vorhaben. Aber es geht eben nicht nur um das Mahnmal an sich, es geht auch um ein zivilgesellschaftliches Projekt, das die Stadt bewegt. Um die Chance, historische Aufarbeitung gemeinsam anzupacken und zu bewältigen. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass wir auch eine Verantwortung für den Wirtschaftsstandort haben.

Dabei war die Standortfrage ziemlich konfliktträchtig. Auf der einen Seite die Forderung der Initiatoren um Henning Bleyl, das Mahnmal vor dem Kühne + Nagel-Haus zu platzieren...

... und auf der anderen Seite die Wirtschaft, die Einzeladressierungen von Schuld hochproblematisch fand. Wie auch wir als zuständiges Fachressort und der Leiter des Staatsarchivs, Konrad Elmshäuser. Es war

unsere Aufgabe im Auftrag des Bürgermeisters, einen Mittelweg zu finden, und zwar auf Grundlage einer nachvollziehbaren und transparenten wissenschaftlichen Basis, die uns Herr Elmshäuser, in Zusammenarbeit mit dem Landeskonservator Herrn Skalecki, geliefert hat.

Sie wollen nicht so dastehen, als hätten Sie sich am Gängelband der Wirtschaft bewegt. Das Gegenteil war ja auch der Fall. Wir haben eine Mittlerrolle gehabt und wollten die verhärteten Fronten aufbrechen – in einer guten Form, damit der Wirtschaftsstandort und die Stadtgesellschaft keinen Schaden nehmen. Bremen hat den Charme einer Stadt der kurzen Wege. Das Besondere ist, dass wir viele Akteure an einem Tisch versammeln können.

Das Mahnmal also als Herausforderung für die ganze Stadt.

Wir haben dem Bürgermeister vorgeschlagen, begleitend in diesem Kontext einen Prozess zu organisieren, der sich nicht allein mit der Verantwortung der Logistik-Unternehmen beschäftigt, sondern sämtliche Akteure in den Blick nimmt, die mit der Vernichtung der Existenzgrundlage der Juden während des Dritten Reiches in Deutschland und in Europa zu tun hatten. Und daran sind viele beteiligt gewesen, das ist ein schmerzhafter Prozess. Ich freue mich sehr darüber, dass es keine Absage gab und auch vier große Unternehmensverbände zugesagt haben. Kühne + Nagel wird sich im Rahmen seiner Mitgliedschaft beteiligen.

Das heißt?

Wir überlegen zwei Ansätze. Nämlich Forschung und Vermittlung, insbesondere für eine junge Generation. Wir tun das aus Verantwortung für unsere eigene Geschichte. In anderen Städten arbeiten vereinzelt Kammern und Unternehmen an dieser Frage. Wir wollen diesen Prozess in einem größeren Verbund zusammenfassen.

Wie geht es konkret weiter?

Wir haben den Weg in den Beirat Mitte/Östliche Vorstadt noch vor uns. Wir werden ihm den Abwägungsprozess vernünftig erläutern, wenn der Beirat das wünscht.

bleibt es bei der leeren Kammer als Entwurf fürs Mahnmal?

Ja, wir haben im Vorhinein gesagt, wir übernehmen den Entwurf. Wir werden jetzt mit der Künstlerin über die Umsetzung sprechen. Der Landesdenkmalpfleger ist da sehr optimistisch.

Wie ist der vorgesehene Zeithorizont?

Wir beginnen nach den Osterferien und werden uns nicht unnötig unter Druck setzen. Hier geht Sorgfalt zwingend vor Eile. Jetzt bin ich zunächst mit der jüdischen Gemeinde verabredet, damit wir uns über deren Erwartungen unterhalten. Ich glaube, dass wir im Verbund mit allen Akteuren eine Chance haben, ein gutes Projekt aufzulegen, das gleichermaßen auf Forschungs- und Bildungsarbeit beruht.

Die Fragen stellte Frank Hethey.

Ansturm auf Elektronikgeschäfte

Nach der Umstellung auf DVB-T2 kaufen viele Bremer erst jetzt entsprechende Receiver



Marcus Bühler und seine Kollegen hatten am Mittwoch mehr als sonst zu tun. FOTO: KUHAUPT

Bremen. Bis zum Mittwochmorgen haben Ulrike Burkhardt und derjenige, für den sie nun in der Saturn-Filiale nach einem passenden Receiver sucht, abgewartet, ob der Fernseher tatsächlich kein Bild mehr zeigt. „Leider war es wirklich so“, sagt Burkhardt und lacht. In der Nacht zum Mittwoch wurde der terrestrische Empfang auf den neuen Standard DVB-T2 umgestellt. Burkhardt arbeitet in der Pflege und kaufte am Mittwoch für einen ihrer Patienten das technische Gerät, damit er auch in Zukunft das Fernsehprogramm empfangt.

Damit ist sie nicht die Einzige. Es ist ein harter Arbeitstag für die Mitarbeiter des Elektrofachgeschäfts. 15 von ihnen beraten während der Öffnungszeiten die vielen Kunden, die sich erst jetzt dafür entschieden haben, nachzurüsten. Bis zum Nachmittag liegt

die Anzahl der verkauften Receiver bereits im vierstelligen Bereich, berichtet Geschäftsführer Marcus Bühler. „Die meisten Kunden hatten sich zwar vorab über die Umstellung informiert, sind aber noch nicht aktiv geworden“, sagt er. Einen Engpass an Geräten habe das Unternehmen bisher nicht. Ähnlich ist die Lage im Media Markt in der Waterfront. Auch dort hatte man vorgesorgt und sich mit ausreichend Receivern eingedeckt. Die Bremer Verbraucherzentrale hat indes die Auswirkungen der Umstellung noch nicht zu spüren bekommen. „Bei uns sind bisher kaum Anrufe dazu eingegangen“, sagt einer der Mitarbeiter.

Bereits seit Wochen werden Nutzer des terrestrischen Fernsehens über die geplante Umstellung in Werbebannern am Fernseh Bildschirm informiert. Für den neuen

Standard ist eine separate oder in den Fernseher integrierte Settop-Box erforderlich. Sie sollte ein grünes Logo der Deutschen TV-Plattform tragen. Damit ist unter anderem sichergestellt, dass das Gerät über ein Entschlüsselungssystem für den Empfang der privaten Sender verfügt. Denn nach der Umstellung auf das HD-Signal kostet der Empfang der privaten Sender über Antenne nach einer dreimonatigen Testphase 69 Euro im Jahr. Damit kein Bildschirm schwarz bleibt, müssen Nutzer einen Sendersuchlauf an ihren neuen Geräten durchführen. Insgesamt empfangen 3,4 Millionen Haushalte in Deutschland das TV-Signal über Antenne, über eine Million davon auch an ihrem Hauptgerät. Wer Fernsehen über Satellit oder Kabel empfängt, ist von der Umstellung nicht betroffen. HEK/DPA